

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, 13.10.2011, 17.30 Uhr,
im Ratssaal des Rathauses, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesende:

Ratsmitglieder:

Frau Medic, SPD
Herr Liebchen, SPD (bis 19.20 Uhr)
Herr Schyns, SPD
Herr Wagner, SPD
Herr Kortz, CDU
Frau Mund, CDU
Herr Willms, FDP
Herr Waltermann, UWG
Herr Widell in Vertretung für Frau Pieta, Bündnis 90/Die Grünen

Stimmberechtigte Mitglieder: Frau Kaleß, Kinderschutzbund
Herr Wiesen, Stadtjugendring
Herr Müller, BDkJ
Herr Bauer für Herrn Schoenen,
AWO Kreisverband Aachen-Land e.V.
Frau Kogel, SKF e.V.

Beratende Mitglieder: Herr Dr. Michels, Gesundheitsamt
Herr Hillmann (Richter am Amtsgericht)
Herr Pfarrer Wienand, Kath. Kirche (bis 18.35 Uhr)
Herr Pfarrer Theiler, Ev. Kirche
Herr Schmitz, Polizei
Herr da Mota, Integrationsrat
Herr Schillings, ARGE StädteRegion Aachen

Entschuldigt: RM Pieta, Bündnis 90/Die Grünen
Herr Schoenen, AWO Kreisverband Aachen-Land e.V.
Herr Schönchens, Ferienwerk Weisweiler e.V.
Herr Offermanns, Bundesagentur für Arbeit
Herr Rott und Herr Bartholomé, Schulen

Beratende Mitglieder der
Verwaltung: Frau Brettnacher, AL 51

Entschuldigt: Herr Erster Beigeordneter Knollmann

Von der Verwaltung: Herr Tümmeler, 510
Herr Pietsch, 511
Frau Joußen, BKJ

Schriftführerin: Frau Bündgen, 510

| A | Öffentlicher Teil | Vorlagen-Nr. |
|----------|---|---------------------|
| A 1 | <u>Genehmigung von Niederschriften</u> | |
| A 1.1 | Genehmigung einer Niederschrift | |
| A 1.2 | Genehmigung einer Niederschrift | |
| A 1.3 | Genehmigung einer Niederschrift | |
| A 2 | Vorstellung der Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) | 256/11 |
| A 3 | Auswirkungen der KiBiz-Reform auf die Kinderbetreuung; hier: Anträge der CDU-Stadtratsfraktion vom 26.04.2011 und vom 13.09.2011 | 140/11 |
| A 4 | Neufassung der „Satzung der Stadt Eschweiler über die Inanspruchnahme von Angeboten in der Kindertagespflege und die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege - Kinderfördersatzung (Kfs)“ | 229/11 |
| A 5 | Übernahme der Trägerschaft über den Kindergarten Karlstraße 40 ab 01.08.2012 | 266/11 |
| A 6 | Personalveränderungen im Jugendamt | 273/11 |
| A 7 | Einsatz eines Bundesfreiwilligendienstes Mündlicher Bericht der Verwaltung | - ohne - |
| A 8 | Mündlicher Bericht über die Tagesgruppe des städt. Jugendtreffs Oase hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011 | - ohne - |
| A 9 | <u>Anfragen und Mitteilungen</u> | |
| A 9.1 | Zweiter mobiler Jugendtreffpunkt für Mobile Jugendarbeit | 235/11 |
| B | Nichtöffentlicher Teil | |
| B 1 | Beschlusskontrolle | 230/11 |
| B 2 | Anfragen und Mitteilungen | |

Avors. RM Medic eröffnete um 17.30 Uhr die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte alle Anwesenden. Sodann stellte sie die Beschlussfähigkeit fest.

Avors. RM Medic teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt A 9.1 „Zweiter mobiler Jugendtreffpunkt für Mobile Jugendarbeit“ abgesetzt werden müsse. **Herr Tümmeler** ergänzte, dass die Stadt Eschweiler erst am Vortag eine Absage bzgl. des geplanten Projektes erhalten habe, so dass die Durchführung nicht möglich sei. Es werde jedoch bereits nach einer Alternative gesucht. Die Thematik werde in der Dezember-Sitzung erneut aufgreifen.

A 1 Genehmigung von Niederschriften

A 1.1 Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 24.05.2011 wurde einstimmig genehmigt.

A 1.2 Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.07.2011 wurde einstimmig genehmigt.

A 1.3 Genehmigung einer Niederschrift

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmten der Niederschrift über den Ortstermin der Arbeitsgruppe Kinderspielplätze und Jugendtreffpunkte am 25.05.2011 bei einer Enthaltung mehrheitlich zu.

A 2 Vorstellung der Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) 256/11

Herr Pietsch, Frau Schwerdtfeger und Frau von der Heiden stellten in Ergänzung zur Verwaltungsvorlage Nr. 256/11 anhand einer PowerPointPräsentation die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) vor.

Im Anschluss an den Vortrag erhielten die Ausschussmitglieder Gelegenheit, Fragen zu stellen, die von Frau Brettnacher und Herrn Pietsch beantwortet wurden.

A 3 Auswirkungen der KiBiz-Reform auf die Kinderbetreuung; 140/11 hier: Anträge der CDU-Stadtratsfraktion vom 26.04.2011 und vom 13.09.2011

RM Mund führte Beschwerde darüber, dass die Verwaltung nicht im Laufe des Gesetzgebungsfahrens eine entsprechende Verwaltungsvorlage erstellt habe, so dass der Jugendhilfeausschuss Gelegenheit gehabt hätte, sich mit dem Gesetz auseinanderzusetzen und ggfls. Änderungen zu bewirken. Vor einigen Jahren sei schließlich auch eine Resolution während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens möglich gewesen. Im Übrigen richtete sie die Frage an die Verwaltung, ob die Regelung der Geschwisterkindbefreiung weiterhin bestehen bliebe. Dies wurde von Frau Brettnacher bejaht.

Avors. RM Medic und RM Schyns entgegneten, dass es zum einen nicht Aufgabe des Jugendhilfeausschusses sei, Landesgesetze zu diskutieren bzw. Lösungen zu erarbeiten. Zum anderen könne während eines laufenden Gesetzgebungsverfahrens keine Stellungnahme seitens der Verwaltung zu möglichen Auswirkungen erfolgen.

RM Widell erkundigte sich, was mit dem Satz „Weitere, strukturell wirkende Maßnahmen können frühestens zum Kindergartenjahr 2012/2013 eingeführt werden, da diese wegen der Komplexität des Finanzierungssystems und der notwendigen Berücksichtigung von Konnexitätsfolgen einer intensiven Prüfung bedürfen“ auf Seite 2 im 3. Abschnitt gemeint sei. (Anmerkung der Schriftführerin hierzu: Konkrete Maßnahmen sind in der Verwaltung noch nicht bekannt. Der Satz zielt auf das grundsätzliche Finanzierungssystem – Kindpauschalen – ab, da eine grundlegende Änderung des Finanzierungssystems auch Mehrkosten für die Kommunen bedeuten könnten. Von daher sind an dieser Stelle umfangreiche Prüfungen, auch im Hinblick auf Konnexität, – vor Änderung – erforderlich.)

RM Liebchen wies darauf hin, dass Familienzentren in „sozialen Brennpunkten“ noch eine zusätzliche Förderung von 1.000,00 € erhalten könnten. Von daher sei zu überlegen, ob noch weitere Einrichtungen in Eschweiler als im „sozialen Brennpunkt“ liegend ausgewiesen werden könnten. **Frau Brettnacher** erwiderte hierauf, dass gesetzlich keine Definition des „sozialen Brennpunktes“ vorgegeben sei.

Frau Brettnacher wies noch auf eine Änderung zu Punkt 5 in der Verwaltungsvorlage hin:

Die Wahl für den Jugendamtselternbeirat werde nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 17.10.2011 stattfinden, sondern erst am 09.11.2011. Als Begründung führte sie aus, dass es Einrichtungen gäbe, die noch keinen Elternbeirat gewählt haben und man allen Einrichtungen die Möglichkeit bieten wolle, an der Bildung eines Jugendamtselternbeirates mitzuwirken. **Avors. RM Medic** wies darauf hin, dass die Politik sich dafür einsetzen solle, auch die Elternbeiräte von heilpädagogischen Einrichtungen hier mit einzubeziehen, da gerade die Inklusion ein sehr wichtiger Bestandteil der Kindergartenarbeit sei. (Anmerkung der Schriftführerin: Heilpädagogische Einrichtungen unterliegen nicht der Gesetzgebung des KiBiz und finden deshalb an dieser Stelle keine Berücksichtigung.)

- A 4 Neufassung der „Satzung der Stadt Eschweiler über die Inanspruchnahme von Angeboten in der Kindertagespflege und die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege - Kinderfördersatzung (Kfs)“ **229/11**

RM Mund wies darauf hin, dass auf Seite 2 der Anlage unter § 5 Abs. 1 ein Fehler unterlaufen sei: Es müsse an dieser Stelle nicht lauten „5 Stunden“, sondern „15 Stunden“.

Frau Brettnacher bedankte sich für den Hinweis.

Darüber hinaus äußerte **RM Mund** Kritik insoweit, dass die Satzung die anteilige Zahlung von Krankentagegeld explizit ausnehme. Sie werde trotzdem einen entsprechenden Antrag an das Jugendamt stellen.

Sodann fasste der Jugendhilfeausschuss einstimmig den nachfolgenden Beschluss:

„Die als Anlage 2 zur Verwaltungsvorlage Nr. 229/11 beigefügte Neufassung der „Satzung der Stadt Eschweiler über die Inanspruchnahme von Angeboten in der Kindertagespflege und die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege – Kinderfördersatzung (Kfs) wird beschlossen.“

- A 5 Übernahme der Trägerschaft über den Kindergarten Karlstraße 40 ab 01.08.2012 **266/11**

RM Schyns drückte mit Hinweis auf die Trägervielfalt sein Bedauern darüber aus, dass das DRK die Trägerschaft gekündigt habe.

Sodann fassten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bei einer Enthaltung mehrheitlich den nachfolgenden Beschluss:

„Der Stadtrat beschließt, dass die Trägerschaft für den Kindergarten Karlstraße 40 ab 01.08.2012

Alternative 1: von der Caritas Lebenswelten GmbH – vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat der Caritas – übernommen wird.“

- A 6 Personalveränderungen im Jugendamt **273/11**

Die Ausführungen der Verwaltung aus der Verwaltungsvorlage Nr. 273/11 zu Personalveränderungen im Jugendamt wurden zur Kenntnis genommen.

- A 7 Einsatz eines Bundesfreiwilligendienstes **- ohne -**
Mündlicher Bericht der Verwaltung

Herr Tümmeler führte folgendes aus: Das Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes sei zum 03.05.2011 in Kraft getreten. Hiermit trete der Bundesfreiwilligendienst ab 01.07.2011 mit dem Wegfall des Zivildienstes neben das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr. Ein Einsatz in einer überwiegend praktischen Hilfstätigkeit sei in der Regel für ein Jahr vorgesehen, mindestens 6 Monate müssten absolviert werden, eine Verlängerung auf 24 Monate sei auch möglich. Eine Altersgrenze gäbe es nicht. Es bestehe

eine Pflicht für die Bundesfreiwilligendienstler, mindestens 25 Tage an Seminaren teilzunehmen. Für die Stadt Eschweiler bestünden grundsätzlich folgende Einsatzmöglichkeiten: Städtische Feuerwehr, Mobile Jugendarbeit, Stadt Eschweiler selbst.

Darüber hinaus erklärte **Herr Tümmeler**, dass zum 01.09.2011 für den Bereich der Mobilen Jugendarbeit ein Bundesfreiwilligendienstler eingestellt worden sei. Dieser habe jedoch auf eigenen Wunsch zum 11.09.2011 die Stelle gekündigt, da er die Möglichkeit hatte, eine Erzieherausbildung zu machen. Weitere Bewerbungen lägen dem Jugendamt vor. Es sei geplant, einen neuen Bundesfreiwilligendienstler zum 01.11.2011 einzustellen.

A 8 Mündlicher Bericht über die Tagesgruppe des städt. Jugendtreffs Oase - ohne - hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.05.2011

Herr Tümmeler teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass nach der Entscheidung im JHA am 05.04.2011 die Tagesgruppe in der Oase zum Ende des Schuljahres auslaufen zu lassen, folgende Maßnahmen seitens des Jugendamtes durchgeführt wurden:

- Elternbrief mit Informationen zur Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss
- Elternabend am 03.05.2011 mit Beteiligung des Fachamtes, der Mitarbeiter der Oase und dem Kinderschutzbund
- Hospitationswoche der Oase Kinder in der OGS/EGS in der Woche vom 04.07. – 08.07.2011
- Versenden der Information bzw. des Antrages über Bildung und Teilhabe
- Abschlussfeier in der Oase am 22.07.2011
- 15.08. – 26.08.2011: letztmalige Ferienspiele in der Oase
- seit 01.09.2011: Umsetzung des neuen Konzeptes der kommunalen Jugendarbeit

Zuletzt haben 18 Kinder das Angebot der Oase in Anspruch genommen. Für diejenigen Kinder, die zunächst nicht in eine OGS wechseln wollten (5 Kinder), fand dienstags und donnerstags, jeweils von 14.00 – 16.15 Uhr im „Cafe Downstairs“ eine Nachbetreuung statt. 7 Kinder konnten in eine OGS vermittelt werden, ein Kind ist aus Altersgründen aus weiteren Betreuungsmaßnahmen ausgeschieden. Abschließend teilte **Herr Tümmeler** mit, dass in Kürze geplant sei, einmal wöchentlich in den Räumlichkeiten der Oase einen „Teenytreff“ mit Herrn Hillenkötter und den 10-jährigen stattfinden zu lassen (darunter zählen 7 ehemalige Tagesgruppenkinder der Oase).

Im Anschluss an die Berichterstattung fand eine kurze Diskussion statt. **RM Widell** gab zu Bedenken, dass das neue Angebot nicht qualitativ gleich gesetzt werden könne mit dem bisherigen. **RM Schyns** bat vor diesem Hintergrund, die Angelegenheit weiter zu beobachten und evtl. festgestellte Mängel zu beseitigen sowie zu gegebener Zeit um einen erneuten Sachstandsbericht im Jugendhilfeausschuss unter Berücksichtigung des Gesamtkonzeptes (vorher/nachher).

A 9 Anfragen und Mitteilungen

A 9.1 Zweiter mobiler Jugendtreffpunkt für mobile Jugendarbeit

235/11

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.